

# Scharping ganz Kohl



## SPD auf Regierungslinie

1993 ist die bürgerliche Offensive spürbar verstärkt worden. Im neuen Jahr drohen der Bevölkerung noch tiefere Einschnitte in das soziale Netz sowie der weitere Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte. Der BRD-Zug rollt schneller nach rechts.

Beispielhaft für das politische Klima 1993 war die De-facto-Abschaffung des Asylrechts durch eine "Große Koalition" von CDU bis SPD. Die Inthronisierung Kanthers zum Innenminister ist in diesem Zusammenhang ebenfalls bezeichnend. Dessen "Sicherheitspaket 94" sieht u.a. vor: die Erweiterung des Landfriedensbruch-Paragrafen, die leichtere Verhängung von Untersuchungshaft bei "Wiederholungsgefahr" einer "strafbaren Handlung", die Verschärfung des "Ausländerrechts", die stärkere Kooperation und Befugnisenerweiterung der Geheimdienste. Die Todesursache von Grahms bleibt weiterhin ungeklärt. Ingrid Jakobsmeier von der RAF wurde

gleich zweimal für die gleiche Tat verurteilt und bleibt weitere sechs Jahre in Haft - ein flagranter Verstoß selbst gegen bürgerliche Rechtsprinzipien.

Markus Wolf wird für seine Tätigkeit in der DDR, einem souveränen Staat, nach BRD-Gesetzen wegen "Landesverrats" belangt; der 85-jährige Mielke wurde in einem Schauprozeß gar auf der Grundlage der Recherchen und Gesetze des Nazi-Regimes verurteilt. Mit der Verschärfung des § 218 wurde die letzte verbleibende Errungenschaft der ehemaligen DDR zerstört; die Diskussionen über die Ausführung des BVG-Urteils versprechen - so weit bekannt - nichts Gutes. Und das Verbot der PKK zwingt nicht nur Tausende von Kurdinnen und Kurden in die Illegalität - es ist auch eine Drohung an den Widerstand aller Immigrantinnen und Immigranten in der BRD.

Und die Regierung streicht weiter bei den Etatmitteln für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner,

*Fortsetzung auf Seite 15*

## ... Regierungslinie

Fortsetzung von Seite 16

Schüler und Studenten, kurzum v.a. bei den untersten und ungeschütztesten Einkommen, um die Staats-schulden bei den Großkapitalisten und Banken bedienen zu können. Lohnkürzungen an 10 Feiertagen bzw. Urlaubsverlust, Reallohnabbau, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit - dies alles ist erst der Anfang, da sollte man die Bourgeoisie ernst nehmen!

Und die SPD hält mit. Auf dem letzten Parteitag bekam Scharping Rückendeckung für die sozialdemokratische Variante des kapitalistischen Sparprogramms; die SPD-"Linke" solidarisierte sich mit ihm. In allen für die Lohnabhängigen wichtigen Fragen vertritt die SPD - schamlos offen - die Regierungspositionen. Lafontaine will für den Osten die Lohnangleichung auf den St. Nimmerleinstag verschieben, während Scharping auf dem Parteitag "Führungswillen" v.a. bei der Durchsetzung des mit Kohl verabredeten "großen Lauschangriffs" zeigte. Die SPD bleibt weiterhin eine Hauptantreiberin der bürgerlichen Offensive. Wer angesichts dieser Fakten - mit oder ohne Kritik - klammheimlich oder offen - die Wahl der SPD 1994 propagiert, kapituliert vor der bürgerlichen SPD-Führung. Auch eine Scharping-Regierung will die bürgerliche Offensive fortsetzen!

Das "Superwahljahr" 1994 findet vor dem Hintergrund sich zuspitzender Klassenauseinandersetzungen statt. Bergbau, Post, Bahn, Chemie, Metall - Bischofferode, Eko, DASA - alle wissen: Entweder wird jetzt um den Erhalt aller Arbeitsplätze gekämpft - oder der Sturz ins Bodenlose ist nicht mehr aufzuhalten. Die deutsch-nationalen und faschistischen Rattenfänger wittern Morgenluft, denn die bürgerliche "Mitte" hat keine Alternative. Jeder Wahlerfolg von REPs, DVU bis hin zu FAP und DL könnte diesen einen massenhaften Einbruch auch im Proletariat verschaffen und hätte somit fatale Rückwirkungen auf den Widerstand und die Klassenkämpfe selbst.

Die Friedensangebote Zwickels (IGM) wurden von den Unternehmern prompt mit einer vorzeitigen Kündigung der Tarif- und Urlaubsverträge beantwortet. Bei VW ist die IGM-Bürokratie bereits voll auf Lohnraub (20%) eingeschwenkt. Bei Opel soll es die nächsten 3 Jahre garantiert 2 % (!) Lohnerhöhung geben, maximal nur noch 2/3 einer Tarifierhöhung - bis die Unternehmer, wie im Osten, dann auch solche Kapitulationsverträge zerreißen und "Neuverhandlungen" ansetzen. Denen geht es nicht mehr um "Null-Runden" - "Minus-Runden" sind jetzt angesagt!

Die Gewerkschaftsbürokratie offenbart jetzt die ganze Borniertheit und Verrottetheit ihrer Politik. Die noch so kleinste Verbesserung, selbst der schüchternste Versuch, erkämpfte Rechte und Errungenschaften zu verteidigen, stößt auf den erbitterten Widerstand von Kapitalisten, Regierung und SPD. Aber Gegenwehr ist möglich! Die klassenkämpferischen Kolleginnen und Kollegen - in den Betrieben, Gewerkschaften, Vertrauensleutkörpern und/oder Betriebsräten - müssen eine Verbindung zwischen den konkreten alltäglichen Problemen der Kollegen und Kolleginnen und der strukturellen Krise des Kapitalismus herstellen. Der Widerstand muß u.a. entlang folgender Losungen organisiert werden: *Keine Bindung an das Wohl des Kapitals - Kompromißlose Verteidigung der bisherigen*



*"Ihr Kinderlein kommet - Ich seiße Euch alle ein!"*

*Errungenschaften - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West - Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich - Öffentliche Arbeiten - Nationale und internationale Streik- und Solidaritätsaktionen - Zerschlagt die Faschisten. Solche und andere Losungen, gebündelt in einem Kampfprogramm, müssen in die stattfindenden Kämpfe hineingetragen werden.*

Die mögliche politisierende Wirkung der anstehenden Wahlen kann so durch eine konsequente, revolutionäre Linke genutzt werden. In diesem Zusammenhang muß mit der SPD-/DGB-Führungs-Politik schonungslos ins Gericht gegangen werden. Die faschistische Wahlpropaganda muß durch Einheitsfronten der Linken und Arbeiterbewegung verhindert werden. Im Kontext erster ökonomischer Siege - wie bei Air France - können wir dann auch zu einer Umorientierung, zur Organisierung einer klassenkämpferischen "Wende von unten" durch die Lohnabhängigen in Deutschland kommen, die den nach rechts fahrenden BRD-Zug zum Entgleisen bringt ■